



**Annette Widmann-Mauz MdB**

Parlamentarische Staatssekretärin  
Wahlkreisabgeordnete Tübingen

**Berlin aktuell**

Berlin aktuell Nr. 21 / 04.04.2014

## Liebe Leserinnen und Leser,

9,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner werden von der Erhöhung der Mütterrente profitieren. Mit Wirkung zum 1.7.2014 soll Müttern bzw. Vätern für jedes vor 1992 geborene Kind zusätzlich ein Entgeltpunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet werden. Wir stärken mit der Mütterrente die eigenständige Alterssicherung von Frauen. Das mindert in vielen Fällen auch die Abhängigkeit von Sozialleistungen. Bei zwei Kindern wird eine Mutter als Rentnerin zwischen 53 und 57 Euro brutto mehr erhalten – eine beachtliche Rentenerhöhung.

Während Männer auf ein eigenes durchschnittliches monatliches Alterseinkommen aus den drei Säulen der gesetzlichen, privaten und betrieblichen Sicherungssysteme von 1595 Euro kommen, sind es bei Frauen nur 645 Euro im Monat. Die Gründe dafür liegen in den weiblichen Rentenbiografien. Frauen mit vor 1992 geborenen Kindern haben noch längere Zeit wegen der Kindererziehung im Beruf ausgesetzt. Je mehr Kinder erzogen wurden, desto geringer ist in der Regel die eigene Rente. Kita-Plätze waren in den meisten Kommunen Mangelware. In dieser Situation entschieden sich viele Mütter für eine längere berufliche Unterbrechungszeit zur Erziehung ihrer Kinder.

Mütter, deren Kinder ab 1992 geboren sind, erhalten aus Kindererziehungszeiten und Kinderberücksichtigungszeiten bis zu 5,3 Entgeltpunkte. Doch für die Generation der Mütter, die vor 1992 Kinder bekommen haben, blieb es bei einem Entgeltpunkt. Lebensleistung bedeutet aber nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Erziehung der Kinder. Daher soll ab 2014 Müttern bzw. Vätern für jedes vor 1992 geborene Kind zusätzlich ein Entgeltpunkt in der gesetzlichen Rentenversicherung angerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihre

*Annette Widmann-Mauz*

Annette Widmann-Mauz MdB  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon: 030/ 227 -77217  
Telefax: 030/ 227-76749  
annette.widmann-mauz@bundestag.de  
www.facebook.com/widmann-mauz

**CDU**



### Aktuelles

#### **Gesetzentwurf zum Mindestlohn stärkt Tarifpartnerschaft und Tarifautonomie**

Das Bundeskabinett hat dem Gesetzentwurf zum Mindestlohn am Mittwoch zugestimmt. Damit kann der Gesetzgebungsprozess beginnen. Neben der Festschreibung einer Lohnuntergrenze setzt das Gesetz drei zentrale Ziele der Großen Koalition um: Mehr Fairness im Job, das Verhindern von sozialen Schieflagen am Arbeitsplatz und die Stärkung von Tarifpartnerschaft und Tarifautonomie.

Zur weiterhin unverzichtbaren Tarifautonomie gehört, dass staatliche Regelungen und Eingriffe in diese Tarifautonomie keine Jobs gefährden oder zu anderen Fehlanreizen führen. Ebenso dürfen junge Menschen durch den Mindestlohn nicht verleitet werden, eine gute Berufsausbildung auszu-schlagen. Das angestrebte Gesetz soll die Tarifpartnerschaft ergänzen und stützen – und zwar in den Bereichen, in denen die Tarifpartner ihrer Rolle nicht nachkommen können oder wollen.



Nur einmalig wird der Mindestlohn durch den Deutschen Bundestag festgelegt. In Zukunft werden die Tarifpartner in einer Tarifkommission eigenverantwortlich über Veränderungen entscheiden, das sieht der Gesetzentwurf vor. Erstmals wird zum 1. Januar 2018 über eine Anpassung entschieden. Zudem wird in einer zweijährigen Übergangsphase die Unterschreitung der Grenze von 8.50 Euro erlaubt, wenn der entsprechende Tarifvertrag allgemein verbindlich ist.

Ausnahmen sind für Langzeitarbeitslose geplant. Für sie sollen die Regelungen erst nach einer Dauer von sechs Monaten gelten. Ebenfalls ausgenommen werden Absolventen von Praktika mit einer Dauer bis zu sechs Wochen sowie Pflichtpraktika.

In seine Summe ist der allgemeine Mindestlohn ein deutliches Zeichen gegen unfaire Löhne. Für viele Beschäftigte bedeutet dies, dass sie künftig nicht mehr einer Lohnspirale nach unten ausgesetzt sind. Auch die überwältigende Mehrheit der verantwortungsvollen Unternehmer, die ihre Mitarbeiter anständig bezahlen wollen, werden so vor dem Lohndumping ihrer skrupellosen Konkurrenten geschützt.



### Aus dem Bundestag

#### Finanzierbare Arzneimittel- und bessere Hausarztversorgung und mehr Qualität im Gesundheitswesen

Diese Woche trat das 14. Gesetz zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) in Kraft. Durch das Gesetz wird das Preismoratorium für Arzneimittel bis Ende 2017 verlängert. Weitere Maßnahmen dienen dazu, dem langjährigen Trend steigender Arzneimittelausgaben der Krankenkassen zu begegnen. Durch das Gesetz sparen die gesetzliche Krankenversicherung und damit die Beitragszahler rund 650 Mio. Euro im Jahr. Im Bereich der hausarztzentrierten Versorgung werden die Gestaltungsspielräume der Vertragspartner erweitert. Die bestehenden Vergütungsbeschränkungen werden aufgehoben und durch die Verpflichtung zur vertraglichen Vereinbarung von Wirtschaftlichkeitskriterien und Regelungen zur Qualitätssicherung ersetzt.

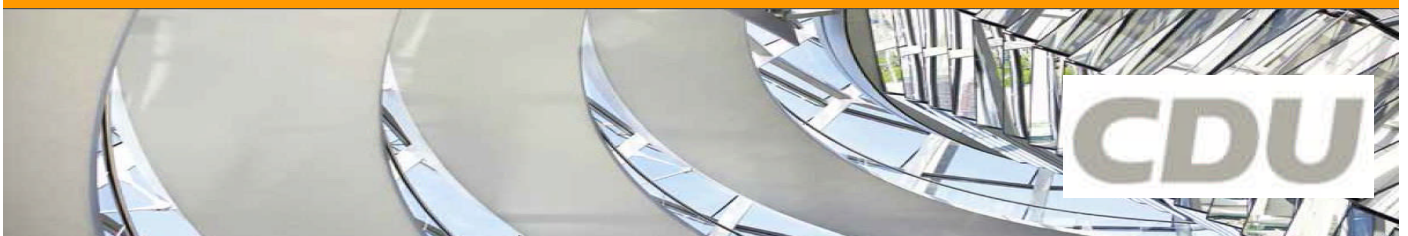
Ebenso wurde ein Entwurf für das Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstruktur- und Qualitäts-Weiterentwicklungsgesetz – GKV-FQWG) beschlossen. Zum 1. Januar 2015 wird der allgemeine Beitragssatz zur GKV von 15,5% auf 14,6% abgesenkt. Die Hälfte, nämlich 7,3% trägt der Arbeitnehmer, die andere Hälfte trägt der Arbeitgeber. Der bisherige Sonderbeitrag von 0,9 Prozent, den Arbeitnehmer bislang allein zahlen, wird gestrichen, genauso wie der pauschale Zusatzbeitrag, den die Krankenkassen bisher erheben konnten. Stattdessen kann künftig jede Kranken-

kasse einen kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag erheben. Weil dieser prozentual direkt vom Einkommen eingezogen wird, entfällt das bürokratische Einzugsverfahren des bisherigen Zusatzbeitrags, genauso wie ein steuerfinanzierter Sozialausgleich. Wie hoch der Zusatzbeitrag einer Kasse ausfallen wird, hängt davon ab, wie wirtschaftlich eine Kasse arbeitet. Wenn eine Krankenkasse einen Zusatzbeitrag erhebt, haben die Versicherten ein Sonderkündigungsrecht. Damit die unterschiedliche Einkommensstruktur der Mitglieder der Krankenkassen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führt, ist ein vollständiger und unbürokratischer Einkommensausgleich vorgesehen.

Der Regierungsentwurf sieht zudem den Aufbau eines fachlich unabhängigen, wissenschaftlichen Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen vor. Patienten und Versicherte profitieren in Zukunft von mehr Transparenz, wenn es um die Qualität der medizinischen Versorgung geht. Das Institut soll wissenschaftlich abgesicherte Qualitätskriterien entwickeln und Qualitätsvergleiche veröffentlichen.



CDU-  
DeutschlandsChristianeLang





### Aktuelles

#### **Gruß von der Kanzlerin - Besuchergruppe aus dem Wahlkreis erlebt Berliner Frühling**

Auf Einladung der Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz MdB, reiste eine 50-köpfige Besuchergruppe, darunter Mitglieder des CDU-Ortsverbands Bisingen, der Landjugend Tübingen und der Jahrgangsguppe 1945 aus Rottenburg in die Hauptstadt nach Berlin. Auch die jugendlichen Plakatierhelfer aus dem Bundestagswahlkampf 2013 waren mit von der Partie und konnten Annette Widmann-Mauz MdB bei Ihrer politischen Arbeit in Berlin live erleben.

Bei herrlichem Wetter ging es u.a. in die Zentrale des Rundfunksenders Berlin Brandenburg, das ehemalige Stasi-Untersuchungsgefängnis Hohen-schönhausen sowie zum Denkmal und Dokumentationszentrum für die ermordeten Juden Europas nahe dem Hotel Adlon.

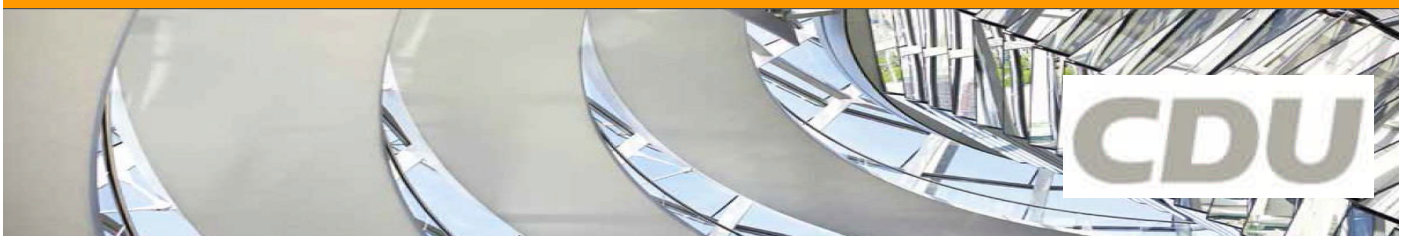
Widmann-Mauz nahm sich nicht nur die Zeit für einen gemeinsamen Foto-Termin vor dem Reichstagsgebäude, sondern empfing die Gäste persönlich im Bundesgesundheitsministerium. Ausführlich schilderte sie den Arbeitsalltag als Parlamentarische Staatssekretärin und ihre Zusammenarbeit mit Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe und zog eine positive Bilanz der ersten 100 Tage Gesundheitspolitik in der „GroKo“. So wurde ein Gesetz verabschiedet, mit dem für eine bezahlbare Arzneimittelversorgung auf hohem Niveau gesorgt wird und die Rahmen-

bedingungen für die hausärztliche Versorgung verbessert.



Annette Widmann-Mauz MdB im Gespräch mit den Gästen aus dem Wahlkreis im Bundesministerium für Gesundheit.

Zudem wurde ein Gesetzentwurf beschlossen, um die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung stärker an einem qualitätsorientierten Wettbewerb auszurichten. Wichtig war Widmann-Mauz der Hinweis auf die geplante Einrichtung eines Qualitätsinstituts eines unabhängigen, wissenschaftlichen Instituts für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen.





### Aktuelles

Bei drei Tagen Sonne, Hauptstadt und Politik pur, durfte natürlich ein Besuch im Bundeskanzleramt nicht fehlen. Bei dem ausführlichen Informationsrundgang durch das Herzstück der Bundesregierung erfuhr die Gruppe nicht nur interessante Details über den protokollarischen Ablauf von Empfängen ausländischer Staatsoberhäupter, sondern konnte die Vorbereitungen für die Begrüßung der südkoreanische Präsidentin Park Geun Hye durch die Bundeskanzlerin hautnah erleben. Für einen echten Überraschungsmoment sorgte die unerwartete Begegnung mit der Hausherrin höchstpersönlich. Bei der Verabschiedung aus dem Kanzleramt traf die Reisegruppe zufällig auf Angela Merkel, die den spontan applaudierenden Schwaben freundlich zurückwinkte, - ein Augenblick, der alle Teilnehmer begeisterte und von dem sie noch lange erzählen werden.



### Kinder- und Jugendportale des Bundestages

Politik für Kinder und Jugendliche? Na logo! Der Deutsche Bundestag bietet zwei tolle Portale.

Vorbeiklicken lohnt sich:

[www.kuppelkucker.de](http://www.kuppelkucker.de),

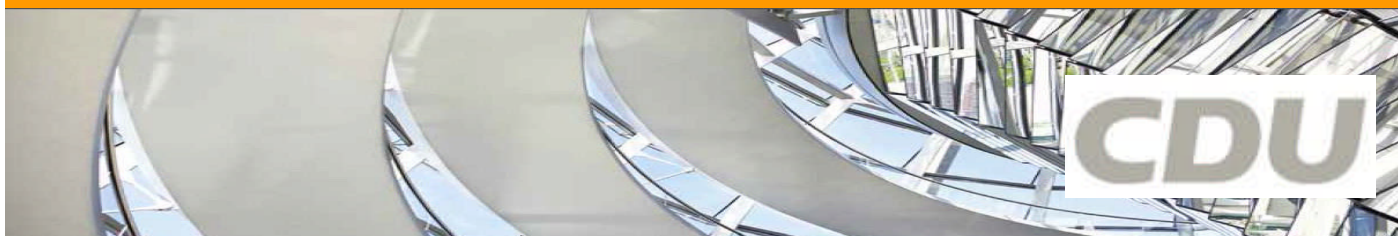


[www.mitmischen.de](http://www.mitmischen.de)



**mitmischen.de**

Dein Portal zum Bundestag





### Daten & Fakten

#### Den Deutschen geht es gut.

Einem neuen OECD-Bericht zufolge geht es den Deutschen im internationalen Vergleich gut. Die Langzeitarbeitslosigkeit ging zwischen 2007 und 2013, also über den Zeitraum der Wirtschafts- und Finanzkrise hinweg, um 11,4 Prozent zurück. Das ist der stärkste Rückgang in der OECD. Auch die Zahl der Erwachsenen, die in Erwerbslosenhaushalten leben, ist von ca. 13 Prozent im Jahr 2007 auf ca. 11 Prozent im Jahr 2010 gefallen. In allen anderen Industrieländern – mit Ausnahme von Luxemburg, den Niederlanden und der Türkei – stieg diese Zahl oder blieb konstant. Das verfügbare Jahreseinkommen der deutschen Haushalte stieg im selben Zeitraum jährlich um 2 Prozent (im OECD-Durchschnitt sank es um 0,5 Prozent). Die positive Entwicklung ist nicht nur objektiv messbar, sondern zeigt sich auch in der Lebenszufriedenheit: Auf einer Skala von 0 bis 10 wurde sie 2012 bei uns im Land mit 6,7 Punkten bewertet (2007: 6,4). Damit gehört Deutschland zur optimistischen Hälfte der Industrieländer. (Quelle: OECD, *Society at a Glance 2014*)

**Besuchen Sie mich jetzt  
auch auf Facebook**  
[www.facebook.com/  
widmannmauz](http://www.facebook.com/widmannmauz)



### Daten & Fakten

#### Öffentliche Schulden gehen zurück.

Ende 2013 waren Bund, Länder und Kommunen in Deutschland mit 2.043,7 Milliarden Euro verschuldet. Das sind 28 Milliarden (1,4 Prozent) weniger als Ende 2012. Die Schulden des Bundes sanken um 0,6 Prozent auf rund 1.281 Milliarden Euro. Bei den Ländern gab es einen Rückgang um 3,1 Prozent auf 628,7 Milliarden Euro. Die Verschuldung der Kommunen blieb mit 133,6 Milliarden Euro nahezu unverändert, obwohl die Kommunen in den Ländern Hessen und Niedersachsen durch Entschuldungsfonds entlastet wurden. Auf Bundes- und Länderebene geht der Rückgang vor allem auf den Portfolioabbau der Bad Banks (FMS Wertemanagement und „Erste Abwicklungsanstalt“, EAA) zurück, die dadurch ihre Bilanzsumme und ihren Schuldenstand reduzieren konnten.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Annette Widmann-Mauz MdB &  
die CDU-Tübingen laden ein:

**DAVID McALLISTER**

Ministerpräsident a.D.  
CDU-Landesvorsitzender Niedersachsen

Montag, 14. April 2014,  
um 16 Uhr,  
Casino am Neckar,  
Wöhrdstraße 25, 72072 Tübingen

Unser Spitzenkandidat für die Europawahl 2014!

Gemeinsam erfolgreich in Europa.

